

2022/II/Verk/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Erfolgsgeschichte 9-Euro-Ticket fortsetzen, Mobilitätswende beschleunigen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die SPD Hamburg begrüßt die Einigung der Länder mit dem Bund, zukünftig zum monatlichen Anfangspreis von 49 Euro ein bundesweit im Nah- und Regionalverkehr gültiges „Klimaticket Deutschland“ für den ÖPNV anzubieten. Wir setzen darauf, dass die Einführung zum 1. Januar 2023 gelingt.
2. Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der bisherige hvv-Tarif zügig mit Blick auf das „Klimaticket Deutschland“ weiterentwickelt und angepasst wird. Dabei sollen
 - a. attraktive Lösungen entwickelt werden, um durch einen steuerfreien AG-Zuschuss den Endkund:innen-Preis für das „Klimaticket Deutschland“ weiter zu reduzieren. Die Freie und Hansestadt Hamburg als Arbeitgeberin soll hier im Wettbewerb um die besten Köpfe zukünftig mit gutem Beispiel vorangehen und einen solchen steuerfreien Arbeitgeberzuschuss im Rahmen von Tarifverhandlungen (z.B. mittels Entgeltumwandlung) mit den Tarifpartnern vereinbaren.
 - b. Schüler:innen (Weiterentwicklung des Angebots „Abo Schulspezial“), Azubis (unter Beibehalt des steuerfreien Zuschusses der Ausbildungsbetriebe/BonusTicket) und Studierende (Semesterticket) das „Klimaticket Deutschland“ zu einem reduzierten monatlichen Anfangspreis von 29 Euro erwerben können. Wir halten daran fest, noch in dieser Wahlperiode Schüler:innen von den Kosten des ÖPNV zu befreien und ein kostenloses hvv-Schüler:innenticket einzuführen.
 - c. Berechtigte des Sozialrabatts das „Klimaticket Deutschland“ zum reduzierten monatlichen Anfangspreis von 29 Euro erwerben können.
 - d. die Sortimente der Einzel- und Tageskarten einer Generalrevision unterzogen werden.
4. Eine Veränderung des Ticketpreises ist frühestens zum Beginn des Jahres 2025 möglich. Im Anschluss wird der Ticketpreis durch eine einzusetzende Kommission geprüft werden. Langfristig setzen wir uns für ein monatliches 29-Euro-Ticket ein. Diese Preisminderung soll der breiten Bevölkerung zu Gute kommen.

Die zuständigen Fachbehörden werden aufgefordert, Landes- und bundesweite Maßnahmen zur Finanzierung zu identifizieren.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft